

es nach Auffassung der Reichsregierung keine neuen Verpflichtungen des Reiches enthält.

Ludendorff über die russische Frage.

Gegen den Bolschewismus.

Wirdungen über Unterredungen mit hervorragenden Persönlichkeiten muß man stets mit großer Vorsicht aufnehmen, besonders, wenn sie über das Ausland kommen. Mittler sind sie erfunden, mitunter sind die Äußerungen unrichtig wiedergegeben. Unter der Voraussetzung, daß beide Befürchtungen im vorliegenden Falle unbegründet sind, sei aus einer Unterredung des Generals Ludendorff mit dem Berliner Vertreter des „New York Herald“ folgendes wiedergegeben:

Ludendorff erklärte, daß es seiner Ansicht nach nur möglich wäre, Rußland durch eine gemeinsame Expedition Deutschlands, Frankreichs und Englands unter Amerikas Hilfe zu retten. Natürlich könne es sich um keine militärische Hilfe Amerikas handeln, sondern nur um Belieferung der für Rußland bestimmten Armeen mit Nahrungsmitteln, Stoffen und Eisenbahnmateriale. Diese Armeen aber müßten vor allen Dingen nicht nur für ihren eigenen Bedarf viele Dinge mit sich führen, sondern auch zur Unterstützung des völlig ausgehungerten russischen Volkes. Zunächst würde man mit dem Bolschewismus fertig werden, von dem sich das russische Volk aus eigenen Kräften nicht befreien könne; damit würde auch die bolschewistische Propaganda in der ganzen Welt aufhören. Dann aber kann ein normaler Zustand des Welthandels eintreten, wenn das russische Problem vollkommen gelöst ist. Dadurch würde auch der amerikanische Handel große Vorteile finden. Wenn das deutsche Volk erziehe, daß es gemeinsam mit England und Frankreich eine Expedition nach Rußland unternehmen sollte, würden sich zahlreiche Offiziere und Soldaten freiwillig melden, um an diesem Unternehmen teilzunehmen. Auch die Arbeiter würden keinen Widerstand leisten; sie sind bereits überzeugt, daß die russischen Arbeiter nur zur Erläuterung der Furcht Frankreichs, daß Deutschland einen neuen Krieg gegen Frankreich unternehmen könne, wäre unbegründet. Ludendorff glaubt, daß ein Kompromiß zwischen Deutschland und Frankreich möglich wäre, wodurch eine große Gefahr für die Zukunft Europas beseitigt würde. Die Möglichkeit dieses Einverständnisses wäre gegeben, wenn Frankreich sich entschließen könnte, gemeinsam mit Deutschland und England gegen Rußland vorzugehen.

Amerikanische Kreditangebote.

Devisenhilfe für Deutschland.

Die Bereitwilligkeit der deutschen Industrie, dem Reiche ausländische Goldwechsel zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zur Verfügung zu stellen, haben im Auslande starke Beachtung gefunden. Namentlich als die Bereitwilligkeit durch die Beschlüsse auf der Münchener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie unterstrichen wurde. In der Hauptsache interessiert sich die amerikanische Bankwelt für die Sache.

Aus den Vereinigten Staaten sind mehrere Anfragen und sogar Angebote eingelaufen. Man rechnet in den deutschen maßgebenden Kreisen damit, daß die ersten Besprechungen mit Amerikanern bereits in den nächsten Tagen in Berlin stattfinden. Verschiedene Herren, die sich bereits auf dem Festlande befinden, werden in aller Kürze in Berlin erwartet.

Bemerkenswert ist, daß die Angebote von hervorragenden amerikanischen Finanzmännern stammen, die wirtschaftlich sowohl an der Ausrichtung Deutschlands wie an dem Wiederaufbau des Welthandels interessiert sind. Es soll sich aber nicht allein darum handeln, amerikanische Kredite zu bekommen, sondern Kredite aus allen Staaten, die über Goldüberschüsse verfügen und an der allgemeinen Wirtschaftskrise leiden.

Demokratische Grundfragen.

Betrachtet von einem Demokraten.

Der künftige Ausgang der Mitgliederzahl, der bei der demokratischen Partei seit den Tagen ihrer Gründung zu verzeichnen ist, hat dem Hochschulprofessor Dr. Helppach in Karlsruhe Veranlassung gegeben, sich in einem Aufsatz der „Vossischen Zeitung“ unter der zunächst überraschenden Überschrift „Konservative Demokratie“ mit einer Untersuchung des inneren Wesens und der Aufgaben der Demokratie im gegenwärtigen deutschen Staatswesen zu befassen. Er knüpft dabei an eine Äußerung Rathenaus an, wenn er u. a. sagt:

„Die demokratische Partei entstand, nicht um ihre Ziele zu verwirklichen, sondern nachdem die Gewalt der Zeitgeschichte ihre Ziele verwirklicht hatte, der Form nach Deutschland zu einer Demokratie gemacht hatte, zu einer sehr radikalen Demokratie, wohl der radikalsten in der ganzen Welt. Dadurch kam die demokratische Partei in die fatale Zwangslage, von ihrer Geburtsstunde an eine konservative Partei zu sein, das heißt eine Partei zur nächsten Verwahrung des aus der Erbmasse der Revolution übernommenen politischen Gutes, der verfassungsmäßigen Demokratie. Die demokratische Partei war konservativ, als sie ins Leben trat. Sie war es zwangsläufig und unabweisbar; und die Gefahr, der die Partei selber tatsächlich schon weitgehend verfallen ist, erblickt sie darin, daß sie vor dieser Zwangslage und Zwangslage die Augen verschloß, anstatt die politischen Folgen daraus zu sehen. Die Deutsche demokratische Partei hätte ihre wesentliche Sendung als konservative Partei des neuen Deutschlands erkennen und aufnehmen müssen. Sie kann es noch; sie muß es, wenn sie leben und wirken will.“

Der Verfasser wendet sich nun der Aufgabe zu, zu untersuchen, wie die demokratische Partei die demokratische Form des neuen Deutschlands mit einem „konservativen Geist“ erfüllen könne. Konservativ nennt er dasjenige Staatsideal, welches im Aufbau der Menschheitsgemeinschaft zur Staatsoberform die natürlichen und lebendigen Gemeinschaftskräfte in den Vordergrund stellt und ihnen den Vorrang vor den abstrakten Denkfolgerungen und papierenen Einrichtungen sichern will. So kommt er zunächst zu dem Schluß, daß als wichtigste der „natürlichen“ Kräfte der Begriff der Menschlichkeit in den Dienst des Staates zu stellen ist, womit zugleich eine freiheitliche und eine konservative Idee verbunden und ein Weg für die Entwicklung einer „konservativen Demokratie“ gewiesen wird.

Der gemilderte Uniformerlaß.

Die Ausführungsbestimmungen.

Nach dem Erlaß des Verbotes des Tragens der Uniform für verabschiedete Offiziere wurde alsbald eine Willkür dahin getroffen, daß die Uniform bei Begräbnissen gestattet sei. Die jetzt erschienenen Ausführungsbestimmungen bringen weitere Erleichterungen. Es wird bestimmt:

Die zum Tragen der Uniform berechtigten ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Macht dürfen dieses Recht in folgenden Fällen ausüben: a) bei Sitzgängen an den hohen kirchlichen und gesellschaftlichen Feiertagen, b) bei wichtigen Familienfeierlichkeiten und Dienstreisen, c) bei Leichenbegängnissen von Kameraden, d) bei der Teilnahme an Festlichkeiten und kameradschaftlichen Zusammenkünften der Reichswehrangehörigen, e) bei solchen

festlichen Veranlassungen unpaarlicher Vereine, hinsichtlich derer der zehnjährige Wehrdienstkommandeur (Reserveoffizier) die Teilnahme von Reichswehrangehörigen ausdrücklich genehmigt hat.

Die Uniform muß mit den für ehemalige Heeres- und Marineangehörige vorgeschriebenen Abzeichen versehen sein. Verboden ist das Tragen von Bändern, Krabbinden, Vereinsabzeichen u. dergl., deren Tragen zur Militäruniform nicht ausdrücklich genehmigt ist. Die Bekleidungsbestimmungen, die für im Dienst der Wehrdienstkommissionen stehende inaktive Offiziere gegeben sind, werden hierdurch nicht berührt. Das bisherige Recht der Generalfeldmarschälle zum Tragen der Uniform bleibt unberührt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsche Seeflote dürfen England betreten.

Seeflote, die Angehörige früher feindlicher Staaten sind, dürfen nunmehr wieder zeitweilig englischen Boden betreten, falls ihre Schiffe in englischen Häfen anlaufen oder sich aufhalten. Bei dieser zeitweiligen Landungs-erlaubnis sind die deutschen Schiffsoffiziere und Mannschaften jetzt denen einer mit England befreundeten Nation gleichgestellt. Die Erteilung der Erlaubnis ist davon abhängig, daß sich der Antragsteller durch einen Vah oder durch eine sonstige hinreichende Legitimation über seine Staatsangehörigkeit ausweisen kann. Bisher entstanden bekanntlich viele Mißbegleitigkeiten, wenn deutsche Schiffe englische Häfen anließen.

Frankreich verurteilt weiter deutsche Soldaten.

Wieder fand in Lille ein französisches Kriegsgericht Veranlassung, über deutsche Kriegsteilnehmer Urteile auszusprechen. Drei Offiziere wurden zum Tode verurteilt, nämlich der Major Härtel, weil er 1914 fünf Einwohner von Cateau ohne Urteil habe erschließen lassen, der Offizier Komrad, der beschuldigt wurde, im Dezember 1914 den Lehrer Leon Elot in Baudin getötet zu haben, der Leutnant Weiffer wegen angeblichen Totschlags, Mißhandlung und Einschüchterung des Dorfes Tamines in Belgien, wo 320 Einwohner aus seinem Befehl erschossen worden sein sollen. Weitere neun Offiziere und Mannschaften wurden zu Zuchthaus und anderen Strafen verurteilt, darunter die Soldaten Herz und Basse, Gendarmeriewachmeister Sandowett, Gendarm Hermann, Geiger, Trißkopf, Koller, Veterinär Ludwig und Leutnant Fischer. — Die Urteilsprüche haben, da sie in Abwesenheit erfolgten, keine praktische Wirksamkeit, noch viel weniger verdienen sie selbstverständlich eine rechtliche Bewertung.

Groener über die geistige Freiheit.

In Berlin wurde ein Studienkursus für die Bildungsförderung der Eisenbahndirektionen eröffnet. Reichsverkehrsminister Groener hielt eine Ansprache, in der er vor Überwucherung durch Bürokratismus und Formalismus warnte, das Personal müsse zu pflichttreuer Arbeit, aber auch zu selbständigem Werke erzogen werden. Der Vorgesetzte müsse dazu die geistige Freiheit anerkennen, die unerlässlich sei, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbahnen auf einen besseren Stand zu bringen.

Ein Wirtschaftsabkommen mit Lettland.

Der Reichswirtschaftsminister erklärte in einer Unterredung, die Nachrichten vom vorläufigen Abschluß eines Wirtschaftsabkommens mit Lettland seien nicht ganz zutreffend. Die beiderseitigen Kommissionen haben in sehr eingehenden Beratungen einen Vertragsentwurf zu einem Wirtschaftsabkommen festgestellt. Abhandlungen haben die beiderseitigen Kommissare ein Protokoll gezeichnet, in dem sie ihre Regierungen des erwählten Entwurf empfohlen. Die Schlussverhandlungen mit den letzten Regierungenvertretern sollen in Berlin geführt werden. Er hoffe, daß sie möglichst bald beginnen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung.

Auf die Anfrage der Sozialdemokraten, ob die Demokraten grundsätzlich bereit sind, die U. S. P. D. in die Koalition einzubeziehen, haben die Demokraten geantwortet, daß sie die Mitwirkung keiner Partei ablehnen, die an der Wiederaufrichtung unseres staatslichen und wirtschaftlichen Lebens mitarbeiten will. Sie bitten jedoch um Auskunft darüber, ob die U. S. P. D. bereit ist, Erklärungen dahin abzugeben, daß sie auf die Einschaltung der Käterepublik auf dem Wege der Gewalt verzichtet und ob die U. S. P. D. bereit ist, an einer Koalition unter Einbeziehung der Deutschen Volkspartei teilzunehmen?

Deutsch-Ostreich.

Der Kampf um das Burgenland. Die angebliche Räumung des Burgenlandes durch Ungarn wird in Wien nur als eine scheinbare Erfüllung des Willens der Entente und des Friedens von Trianon angesehen, da tatsächlich das Gebiet von irregulären ungarischen Banden angefüllt ist. Von Budapest aus wird offiziell erklärt, die Ausrichtung von vertriebenen östlichen Republikern in Bestungarn trage nur operativen Charakter. Trotzdem ist man in Wien der Meinung, daß Bandenwesen blähe nur im Vertrauen auf die ungarische Unterföhlung. Auf der Konferenz in Venedig, bei der die Streitigkeiten entschieden werden sollen, will Bundeskanzler Dr. Schober sofort ausreichende Garantien von Ungarn fordern, andernfalls die Verhandlungen abbrechen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Deutsche Reich bestand dem Saargebiet ein Jahreskontingent von 3000 Tonnen Mehl und 3000 Tonnen Hafer zu. Die französische Regierung hat ein Ausfuhrverbot von Mehl aus Deutschland erlassen.

Berlin. Die Reichstagsfraktion der USPD, hat einen Gegenentwurf eingebracht, nach dem aller Handel an der Börse einer Umschlagsteuer unterworfen werden soll, und zwar nicht nur der Handel mit Wertpapieren einschließlich Zahlungsmittel aus ausländischer Währung, sondern auch mit Gold und Silber in Barren und inländischen Münzen sowie mit börsenmäßig gehandelten Waren. Auch im Auslande abgeflossene Geschäfte, gleich, ob sie durch Briefwechsel, Telegramm oder Fernsprecher zustande gekommen sind.

Karlruhe. Reichsminister Dr. Wirth ist hier eingetroffen. Er erschien im Landtage, wo er mit dem Bismarck verlich begrüßt wurde, daß ihm die schwierige Aufgabe, das deutsche Volk über eine Katastrophe hinwegzuführen, gelingen möge.

München. Da die bayerische Volkspartei mit wachsender Dringlichkeit die Forderungen auf Revision der Weimarer Verfassung in föderalistischem Sinne aufrechterhält, jedoch das Zentrum mit aller Entschiedenheit daran festhält, daß die Weimarer Verfassung auf keinen Fall geändert werde, so werden die Ausschüsse auf eine ernannte Arbeitsgemeinschaft beider Parteien ungünstig beurteilt.

Budapest. Soeben wurde das Urteil im Lissa-Prozess gefällt. Paul Kerl wurde wegen Anstiftung zur Ermordung Lissas zum Tode, Marcel Gärner wegen Mithilfe an der Ermordung Lissas zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Triest. Die Bahndirne von Triest nach Vofa wurde durch ein kommunistisches Bombenattentat unterbrochen.

Stockholm. Das Ministerium v. Sydow hat infolge des sozialistischen Wahlsieges sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der König ersuchte die Mitglieder der Regierung, vorläufig im Amte zu bleiben.

Christiania. In der Sitzung des Staatsrates hat Norwegen Italien als Staat anerkannt.

Christiania. Nach dem abgeschlossenen norwegisch-russischen Abkommen hat die norwegische Regierung eine Handelsabordnung von 20 Mitgliedern nach Rußland entsandt, die in drei Gruppen Koflau, Peteraburg und Archangelsk besuchen wird.

Wie es zur Mobilmachung kam.

Rus Wolffes Erinnerungen. — Drei Telegramme des englischen Königs. — Der Generalbefehl des Kaisers.

Der Philosoph Rudolf Steiner, der als ein Freund des im Kriege verstorbenen Chefs des deutschen Generalstabes, General von Moltke, dessen Erinnerungen herausgegeben will, hat aus diesen Mätern einem französischen Journalisten einige Einzelheiten über den Kriegsbeginn erzählt, aus denen unter allem Vorbehalt der Richtigkeit folgendes hervorgeht:

Moltke kam am 30. Juli 1914 dem Kaiser gebeten, den Mobilmachungsbefehl zu unterzeichnen. Wilhelm II. begnügte sich aber damit, nur „Kriegsgefahr“ zu erklären. Am 31. Juli, nachmittags, habe der Kaiser noch beständig gegen den Plan des Großen Generalstabes gesprochen. Er habe Nachrichten aus England erhalten, in denen König Georg III. mitteilte, daß nicht nur England neutral bleiben werde, sondern daß es auch Frankreich verbieten würde, an dem Kriege teilzunehmen. Unter diesen Umständen müsse man sich mit aller Macht gegen Rußland wenden.

Später erhielt der Kaiser ein neues Telegramm aus London, in dem er einen Beweis dafür sehen wollte, daß der Konflikt auf den Osten beschränkt werden könnte. Moltke, der inzwischen den Mobilmachungsbefehl herausgegeben hatte, wies sich gegen die Truppen gegen den Befehl zu geben. Daraufhin gab der Kaiser aus eigener Machtvollkommenheit den Auftrag, an die verschiedenen Hauptquartiere der Armee zu telephonieren, daß die deutsche Armee wenigstens eine Marschroute von der französisch-belgischen Grenze entfernt bleiben sollte.

Erst abends 10 Uhr trat die Wendung ein. Der Kaiser erklärte dem General, er habe jetzt ein neues Telegramm vom König von England erhalten, in dem dieser erklärt, er könne weder für England noch für Frankreich bindende Zusagen machen. Der Kaiser sagte darauf zu Moltke: „Machen Sie jetzt, was Sie wollen.“ Damit nahm die Mobilmachung ihren Fortgang.

Schlusdienft.

Probennachrichten vom 6. Oktober.

Das Deutsche Rote Kreuz in Marokko.

Berlin. In Erinnerung an die menschenfreundliche Tätigkeit des Spanischen Roten Kreuzes während des Krieges hatte sich ihm das Deutsche Rote Kreuz zu jeder gewünschten Unterstützung für den Feldzug in Marokko zur Verfügung gestellt. Von spanischer Seite ist dieses Anerbieten mit aufrichtiger Freude angenommen und bereits schon jetzt dem Deutschen Rote Kreuz der wärmste Dank für etwaige Einsendung von Sanitätsmaterial und Medikamenten ausgesprochen worden.

Verbesserungen der Kriegsbeschädigten.

Berlin. Die Vereinigungen der Kriegsbeschädigten richteten eine Eingabe an den Reichstag, in der Erhöhung der Zuweisungszulagen von 35 Prozent auf 80 Prozent in Ortsklasse A, 50 Prozent in den Ortsklassen B und C, 100 Prozent in den Ortsklassen D und E, ferner die sofortige Gewährung einer einmaligen Wirtschaftshilfe, Abschaffung der Ausgleichszulagen, dafür Erhöhung der Grundrenten und Schwerbeschädigtenzulagen um mindestens ein Viertel ihres Betrages, Befreiung der vorgezeichneten Aufwandschriften und Wegfall neuer ärztlicher Untersuchung gefordert werden.

Kostwirtschäften in Berlin.

Berlin. Im Verlauf des Streites der Gasthausangehörigen sind etwa ein Duzend Koflokale eröffnet, die unter polizeilichem Schutz einen Speise- und Restaurationbetrieb für diejenigen Personen durchzuführen sollen, die für Verpflegung auf Gastwirtschäften angewiesen sind. Weitere Koflokale sollen errichtet werden. Um 12 Uhr mittags werden die Lokale geöffnet und abends um 7 Uhr für das Publikum wieder geschlossen.

Übermalige Steigerung der Margarinepreise.

Berlin. Der Margarineverband E. B. teilt mit, daß in einer am 4. Oktober abgehaltenen Sitzung beschlossen wurde, eine weitere Preisüberhöhung eintreten zu lassen. Die sofort in Kraft tretende Preisüberhöhung beträgt für die beste Margarine, sogenannte Übermark, 2 Mark für das Pfund, für die übrigen Marken 2,50 Mark. Die neuen Margarinepreise stellen sich demnach wie folgt: für die Extramarke 19 Mark, für die Spezialmarke 17,50 Mark, für die erste Handelsmarke 16,50 Mark, für die zweite Handelsmarke 15,50 Mark für das Pfund. Der Preis für Schmelzmargarine ist um 3 Mark für das Pfund erhöht worden.

Korbsee und Mittelmeer minenfrei.

Berlin. Die englische Regierung weist in einer Note darauf hin, daß die gesamte Korbsee, die Gewässer um die britischen Inseln und — mit geringen Ausnahmen — auch das Mittelmeer jetzt frei von veranferteten Minen seien. Als die wichtigste noch zu erledigende Aufgabe darf man die jetzt von Deutschland und den übrigen Ostseerstaaten gemeinsam betriebene Minenräumung der nördlichen Ostsee angesehen werden.

Widerrechtliche polnische „Johannisgebühren“.

Bromberg. Seit etwa zwei Wochen wird von der Bromberger Stationskasse von den deutschen Abwanderern ein Betrag von 5000 Mark erhoben, den man polnischseits als „Johannisgebühren“ bezeichnet. Paragraph 3 des „Wandererbesetzungsvertrages“ besagt ausdrücklich, daß den Auswanderern kein Ausfuhrzoll auferlegt werden darf.

Karl von Habsburg weltungarischer König?

Wien. Nach zuverlässigen Nachrichten plant Stefan Friedrich, der Landesverteidigungspräsident von Westungarn, Karl von Habsburg in Westungarn zum König auszurufen.

Wien sich des Völkerbundes?

Wien. Am 12. d. Mts. trifft eine Abordnung des Völkerbundes in Wien ein. Die Abordnung besteht aus zwei Delegationen, einer französischen und einer englischen. Die Abordnung wird die Verhältnisse in Wien mit Rücksicht auf die Möglichkeit der Wahl Wiens als künftigen Sitz des Völkerbundes einem Studium unterziehen.

Zwei deutsche Schiffe an Peru.

Newyork. Die Regierung von Peru teilt mit, daß die Varrifer Wittergutungskommission von Peru die beiden von ihm während des Krieges beschlagnahmten deutschen Schiffe als Eigentum zurückerhält.

Politisches aus Sachlen.

Dienst-Entlassung des Führers einer verbotenen Organisation.

isd. Die Nachrichtenstelle der Staatsanwaltschaft teilt dem Schlesien-Schlusdienft mit, daß Befehl des Staatsanwalts von Probst um Entlassung aus der Landespolizei ist unter seiner sofortigen Andienung zum Dienst genehmigt worden. Sein Austritt mußte erfolgen, weil er Führer einer verbotenen militärischen Organisation war.